

sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXVII/55

20. März 1972

Union versagt als Opposition

Europa-"Programm" ohne eigene Ideen

Von Hans Lautenschlager MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Seite 1 und 2 / 97 Zeilen

Hilfe für das kranke Krankenhaus

Gesetz bringt bereits für 1972 eine Milliarde
DM Zuschuß

Von Dr. med. Hans Bardons MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Jugend/Familie/Gesundheit

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Neue wirtschaftspolitische Impulse

Standort der Mittelstandswirtschaft im März 1972

Von Peter-Michael König MdB

Mitglied des Bundestagswirtschaftsausschusses

Seite 5 bis 7 / 123 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 886 846 / 888 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Union versagt als Opposition

Europa-"Programm" ohne eigene Ideen

Von Hans Lautenschlager MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Es gibt wohl keinen europäischen Politiker, den es nicht mit Sorge erfüllt, wenn er sieht, daß sich die Europäische Gemeinschaft wie ein Dinosaurier entwickelt, auf dessen Riesenkörper an einem langen Hals ein winziger Kopf und darin ein noch kleineres Gehirn sitzen.

Es bleibt jeder politischen Partei und Gruppierung in der Gemeinschaft unbenommen, Vorschläge zu unterbreiten, wie dieser Entwicklung Einhalt geboten werden kann. Wenn diese Vorschläge sich aber darin erschöpfen, schon längst erhobene Forderungen in eine neue Verpackung zu stecken, so hilft das in Europa niemandem weiter.

Auch das Programm der CDU/CSU wird das europäische Morgenrot nicht heraufziehen lassen, weil lediglich eine bloße Aufzählung der europäischen Unzulänglichkeiten kombiniert mit der Forderung, sie nun gefälligst zu beseitigen, keinen Weg aus der Sackgasse zeigt.

Die Qualität des Unions-"Programmes" wird auch nicht dadurch besser, daß seine Verfasser so tun, als ob sie einfach die Ärmel aufkrepeln und mit einem lautstarken "Hau-zuck!" den festgefahrenen Karren wieder in Gang bringen könnten. Gute Ratschläge, Zielvorstellungen, Postulate und Europa-Emphase gibt es wie Sand am Meer. Man kann sich nur manchmal nicht des Eindrucks erwehren, daß sich einige Alt- und Uralt-Europäer mit solchen Initiativen, die in Wirklichkeit keine sind, Symbol-Denkmäler setzen wollen, die aber zu den Überflüssigsten Dingen dieser Welt zählen. Der Verdacht der Selbstüberschätzung wird auch noch dadurch bestärkt, daß Betriebsamkeit bei den Versuchen, die europäischen Fragen zu lösen, seriösen Fleiß und Ernsthaftigkeit ersetzen soll.

Es gehört zum Selbstverständnis eines demokratischen Staatswesens, daß die Opposition die Regierung kontrolliert und kritisiert. Bei Ausübung dieser Rechte kann und wird es auch zu den Übertreibungen kommen, die notwendig sind, um den Kern der kritisierten Materie herauszustellen. Aber bei den Sozialdemokraten oder auch vom Nonnet-Komitee einfach abschreiben und dann mit Forderungen, die jeder aufstellen kann, die Flucht nach vorne antreten, der geht wohl an der zulässigen Form oppositioneller Kritik vorbei und muß zwangsläufig ins Leere stoßen.

Wenn man die vielen alten Bekannten grüßen wollte, die einem beim Studium des sog. "Europa-Programmes" der CDU/CSU begegnen, so könnte man den Hut gleich in der Hand behalten. Auch die Unterstellung, die Bundesregierung würde einem mit europäischen Lippenbekenntnissen kaschierten Immobilismus huldigen, fällt auf ihre Erfinder zurück. Wer hat denn, als er in der Regierungsverantwortung saß, die Dinge sich in eine Richtung entwickeln lassen, wie wir sie heute beklagen? Wer hat die nationale protektionistische Landwirtschaftspolitik in die überdimensionale europäische Ebene gehoben und verlangt nun von der jetzigen Regierungskoalition, alles wieder in Ordnung zu bringen? Doch nur die CDU/CSU, die mit ihrem Programm die "Haltet den Dieb"-Methode exerziert, um selbst nicht als

hauptschuldiger Mitverursacher der Entwicklung dastehen zu müssen.

Die Sozialdemokraten der sechs Mitgliederstaaten hatten sich schon Ende Juni 1971 zu einer Konferenz zusammengefunden und in zwei Resolutionen sowie in einem Kommentar dazu alle Forderungen und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die ihrer Ansicht nach aus dem europäischen Dilemma herausführen könnten. (Dieses konkrete und aktuelle Detail-Programm kann beim Sekretariat der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Luxemburg angefordert werden). Das Ergebnis dieser sozialdemokratischen Arbeit findet sich nun, lediglich anders formuliert, sieben Monate später in dem CDU/CSU-Papier wieder: Brauchen wir dazu eine Opposition?

Nur eine wichtige Unterscheidung soll noch herausgehoben werden. Die Sozialdemokraten hatten sich auch Gedanken um den Menschen in Europa gemacht, nicht nur um Wirtschaft, Währung, Institutionen und Auslegung der Verträge. Gewiß "muß der Schornstein rauchen" als Zeichen dafür, daß es den Menschen gut geht. Aber auch hier gilt die Feststellung von der Abträglichkeit des Selbstzweckes. Wie soll denn der Mensch in dieser Gemeinschaft, der er mit viel Vorbehalten aus einem wachsenden Gefühl der Unsicherheit allem Überdimensionalen, Ungewöhnlichen und für ihn Unabwägbareren heraus gegenübertritt, diese Gemeinschaft fördern, tragen und weiterentwickeln helfen, wenn er gar nicht weiß, welche Rolle er darin spielen soll? Er muß doch erkennen können, daß es sich nicht nur um ein Europa des ganz großen Geschäftes, der wirtschaftlichen Machtkonzentration handelt, sondern daß er die Hauptrolle auf dieser wenn auch scheinbar zu groß geratenen Bühne spielen soll und all die Dinge, die ihn so erschrecken, in Wahrheit ihm dienen sollen!

Das Fehlen der Vorstellungen der CDU/CSU zu den Problemen der Sozialpolitik im weitesten Sinne, zu den notwendigen Lenkungsmaßnahmen für eine sinnvolle und gedeinhliche Gesellschaftspolitik, zur Einkommens- und Vermögensverteilung, zu den Bildungschancen, zur Humanisierung der industriellen und technologischen Entwicklung und zu vielen anderen Gebieten mehr, die den Menschen unmittelbar betreffen, zeigt zum wiederholten Male das gespannte Verhältnis der Opposition zu den Problemen, die die gegenwärtige Entwicklung auf diesen Gebieten aufzeigt. Ihre Lösung kann nicht aufgeschoben werden, sie muß genauso gleichzeitig und sachgerecht behandelt werden, wie zum Beispiel die Wirtschafts- und Währungsunion.

Wer glaubt, sie auch hier im Sinne des Barzelschen "aufs Eis legen" einer späteren Zeit zuweisen zu können, hat die deutlichen Zeichen, die sich aus den unkontrollierten wirtschaftlichen Zusammenschlüssen ablesen lassen, nicht verstanden und wird ein böses Erwachen erleben.

In die Bemühungen, Europa wirtschaftlich und politisch zu einigen, sind schon viel Fleiß, Geld und guter Wille investiert worden. Es kann daher nicht Ziel einer Europapolitik sein, die überholten Strukturen in Europa zu konservieren, sondern die, wie immer sie einmal heißen mögen, "Vereinigten Staaten von Europa" zu einem friedliebenden, aufgeschlossenen, der nachbarlichen Begegnung auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten hingewandten Zusammenschluß der Völker Europas werden zu lassen.

(-/ja/20.3.1972/ks)

Hilfe für das kranke Krankenhaus

Gesetz bringt bereits für 1972 eine Milliarde DM Zuschuß

Von Dr. med. Hans Bardens MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Nach mehrjährigen Vorarbeiten und Auseinandersetzungen ist am 1. März endlich das Krankenhausfinanzierungsgesetz verabschiedet worden. Die CDU/CSU hatte vorher mit allen Mitteln versucht, dieses bedeutende Reformwerk zu verzögern, wenn nicht überhaupt zu verhindern.

Die deutschen Krankenhäuser konnten seit vielen Jahren aus den Pflegesatzerlösen und den Länderzuschüssen ihre Kosten nicht mehr decken; sie wurden jährlich mit Defiziten von mehr als eine Milliarde DM belastet. Frühere Bundesregierungen hatten schon seit 15 Jahren regelmäßig auf den Krankenhaustagen Hilfe versprochen, aber nichts getan. Der einzige "Lösungsversuch" wurde 1966 gemacht, als noch die CDU-MdB Dr. Elisabeth Schwarzhaupt Gesundheitsministerin gewesen war. Die damalige Bundesregierung wollte die gesamten Kosten für Errichtung und Betrieb der Krankenhäuser den Benutzern über die Pflegesätze anlasten. Das hätte schon damals eine jährliche Mehrbelastung der Krankenversicherten in Höhe von 1,5 Milliarden DM bedeutet. Die Sozialdemokraten dagegen haben schon immer den Grundsatz vertreten, daß der Bau von Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe sei; nur die laufenden Kosten sollten vom Benutzer der Krankenhäuser und seiner Versicherung übernommen werden.

Nach einer Verfassungsänderung im Jahre 1968, die dem Bundgesetzgeber die Zuständigkeit für die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser gab, hätte man dann eigentlich endlich beginnen können. Aber der CSU-Finanzminister der Großen Koalition, Franz Josef Strauß, war nicht bereit, auch nur eine Mark für die Krankenhausfinanzierung in der Mittelfristigen Finanzplanung vorzuschauen. Erst die Bundesregierung der sozialliberalen Koalition stellte die finanziellen Grundlagen für diese Reform zur Verfügung.

Nach dem neuen Gesetz werden die Kosten für den Bau der Krankenhäuser von Bund und Ländern getragen, wobei der Bund

vom vorzusehenden Gesamtbetrag ein Drittel aufbringt. Die Länder können mit einem Teil ihrer Quote die Gemeinden belasten. Gefördert werden Krankenhäuser, die in die jeweiligen Krankenhausbedarfspläne der Länder aufgenommen sind. Neben den reinen Errichtungskosten werden auch die Kosten für kurz- und mittelfristige Anlage- und Einrichtungsgüter von der öffentlichen Hand bezahlt.

Der Bundesgesetzgeber hat durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht in die innere Struktur der Krankenhäuser eingegriffen. Dafür gibt es zwei Gründe:

1/ Die Verfassung läßt nur Bundesgesetze zur "Wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser" zu. Als die SPD früher einmal die Bundeszuständigkeit für das ganze Krankenhauswesen anstrebte, hatte die CDU das abgelehnt!

2/ Die Krankenhäuser befinden sich in einem raschen Wandel ihrer inneren Struktur, in einer Experimentierphase, wie Frau Bundesminister Käthe Strobel einmal sagte. In dieser Situation sollte der Gesetzgeber weder eine überkommene Struktur festschreiben, noch eine bestimmte neue Struktur erzwingen.

Das neue Gesetz läßt den Krankenhäusern schon im ersten Jahr mehr als eine Milliarde DM zusätzlich zufließen. Damit werden die wirtschaftlichen Voraussetzungen auch für eine moderne innere Gestaltung des Krankenhauses gesichert. Die Strukturreform selbst bleibt zunächst Sache der Krankenhausträger und ihrer Partner und möglicherweise der Landesgesetzgeber. Der Bundestag hat in einer EntschlieÙung alle Beteiligten aufgefordert, die Chance zu nützen, also ein in medizinischer und sozialer Hinsicht modernes Krankenhaus zu entwickeln.

Die SPD hat vor der Bundestagswahl 1969 dieses Krankenhausfinanzierungsgesetz versprochen. Jetzt läßt sich feststellen: Sozialdemokraten haben wieder einmal Wort gehalten.

(-/ja/20.3.1972/bgy)

+ + +

Neue wirtschaftspolitische Impulse

Standort der Mittelstandswirtschaft im März 1972

Von Peter-Michael König MdB

Mitglied des Bundestagswirtschaftsausschusses

Am Ende einer Wachstumsperiode mit hoher Prosperität und am Anfang des Jahres 1972 steht für die BRD fest: Eine Rezession oder "angelsächsische" Stagflation findet nicht statt; die Wirtschaft selbst hat dies erkannt. Vielmehr hat sich generell die Ertragslage der deutschen Wirtschaft in den letzten Monaten stabilisiert und partiell verbessert. An die Jahre der wirtschaftlichen Expansion, an denen auch die mittelständische Wirtschaft teilgenommen hatte, hat sich eine Konsolidierungsphase angeschlossen, die durch die besonnene nachfragegestützte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung abgesichert ist. Bei nachlassendem Lohnkostendruck ist ein finanzieller Konsolidierungsprozeß vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen zu beobachten, der weit fortgeschritten ist. Die sonst bei abflachender Konjunktur in diesem Wirtschaftsbereich häufig aufgenommenen kurzfristigen Überbrückungskredite treten nicht in Erscheinung, somit stellt sich die Frage der kleinen und mittleren Unternehmen, die Lage der mittelständischen Wirtschaft also, zu der ich einige Ausführungen machen möchte, am Ende dieses Booms keineswegs ungünstig dar. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß gerade kleine und mittlere Unternehmen in einer ruhigeren konjunkturellen Phase, in der weder eine Boom-situation noch eine Unterbeschäftigung besteht, sich am gesündesten entwickeln.

Im Dezember 1970 ist nach dem regionalen und sektoralen Strukturprogramm das betriebsgrößenbezogene Strukturprogramm für kleine und mittlere Unternehmen hinzugekommen. Es soll die Anpassung an den Strukturwandel, den die Wirtschaft unserer Zeit in fast allen Bereichen unterworfen ist, nicht nur anregen, sondern auch beschleunigen und umsetzen helfen. Welche Kriterien sind es, die diesen Strukturwandel provozieren:

1/ Der sich internationalisierende wachsende Markt, der mit

seiner wachsenden Nachfrage größere Chancen bietet, mit seinem wachsenden Angebot jedoch auch stärkere Konkurrenz in sich birgt, 2/ die kontinuierlich zurückgehende Zahl der Erwerbstätigen und die fortschreitende Arbeitszeitverkürzung fordern arbeitssparende Investitionen und oft neue Techniken, schließlich erfordert 3/ optimaler volkswirtschaftlicher Ertrag flexible Unternehmensführung, wobei die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden möglichst proaktiven, d.h. optimalen Verwendungszwecken zugeführt werden müssen.

Strukturpolitik muß also neue Quellen erschließen und neue Kräfte mobilisieren. Sie konserviert nicht Überholte, sondern sie erschließt frische Bereiche. Zu diesem Ziele muß sie langfristig angelegt sein, auch wenn ihre Einzelmaßnahmen zeitlich begrenzt und degressiv sein müssen. Strukturpolitik ist somit Wachstumspolitik, und als solche ist sie in ihrer Wirkungsweise flankierend zur Konjunkturpolitik zu sehen. In einer modernen systematischen Wirtschaftspolitik müssen sich Konjunkturpolitik und Strukturpolitik ergänzen.

Diese, die Konjunkturpolitik flankierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen einer systematischen Strukturpolitik werden von der Opposition nicht gewürdigt. Im Gegenteil starrt sie die Konjunkturpolitik, die immer mehr in internationaler Abhängigkeit gesehen werden muß, an, wie das Kaninchen die Schlange. Sie unterschätzt damit den Wert, den die Strukturpolitik als staatliche wirtschaftspolitische Maßnahme heute lediglich im Konzert der sonst fast nur noch internationalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen hat. Dies ist bedingt

1/ durch die mittelständische Wirtschaft, die in der engen Verflechtung unserer Wirtschaft insgesamt eine stabilisierende Funktion hat. Nicht zuletzt deshalb zeigt unsere Wirtschaft auch bei den heute zu beobachtenden internationalen Konjunkturvergleichen eine vergleichsweise größere Stabilität, als unsere Nachbarn sie aufweisen können.

2/ Die Hälfte der industriellen Arbeitsplätze liegt im Bereich der mittelständischen Wirtschaft, sicherlich ein Grund mit dafür, daß die Bundesrepublik einen so hohen Beschäftigungsstand aufzuweisen hat.

3/ Die mittelständische Wirtschaft leistet nicht nur zur Sicherung der Arbeitsplätze ihrer Beitrag, sondern ist ihr Angebot in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung auch ein wesentlicher Beitrag zum Erhalt eines funktionierenden Wettbewerbs; und dies ist ein nicht unwesentlicher preispolitischer Beitrag.

4/ Die noch vielfach ungenutzten Reserven dieses mittelständischen Wirtschaftsbereiches können durch ankurbelnde struk-

turpolitische Maßnahmen der Regierung nicht unwesentlich zum Wirtschaftswachstum einer Wirtschaft beitragen, die sich selbst mehr und mehr in den internationalen Markt integriert und im steigenden Maße verfestigen muß.

5/ Hoher Beschäftigungsstand, Stabilität des Preisniveaus, angemessenes Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind jedoch ein einheitliches Paket und keines von diesen vier Zielen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums und der Wirtschaft sollten zu Lasten des anderen allein und isoliert forciert werden.

Mit der Diskussion ihrer Mittelstandspolitik im "Jahreswirtschaftsbericht" hat die sozialliberale Bundesregierung gleichzeitig deutlich gemacht, daß Mittelstandspolitik ein Teil der Wirtschaftspolitik ist und nur sein kann. Dies entspricht exakt den Standorten der SPD- und auch dem Standort der FDP-Fraktion. Denn Strukturwandel drückt sich an entstehenden Lücken aus, und zwar nicht nur in der vielbesprochenen technologischen Lücke, sondern auch in den Lücken der Rationalisierung, der Unternehmensführung, der Information, der Ausbildung und der Finanzierung.

Genau diese Lücken füllt das Strukturprogramm der Bundesregierung als Hilfe zur Selbsthilfe aus. Die Schließung dieser Lücken sichert nicht nur den betroffenen Unternehmen Stabilität und Wachstum, sondern sie sichert der mittelständischen Wirtschaft insgesamt ihren Platz in unserem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem. Sie sichert damit unsere Marktwirtschaft und unsere Stabilität. Durch das breitgehaltene Angebot wird der Wettbewerb aufrechterhalten und das Preisniveau stabilisiert.

Gerade im wachsenden Markt der Europäischen Gemeinschaft. "kommt es in besonderem Maße darauf an, zur Unterstützung der Konjunkturpolitik auch die Strukturpolitik auf der Grundlage der Programme für mittelfristige Wirtschaftspolitik zu aktivieren", wie Ziffer 57 des "Jahreswirtschaftsberichtes 1972" es ausweist.

Vor uns liegt eine große Chance, die Chance nämlich eines wachsenden Marktes, der in sich durch Expansion in allen Wirtschaftsbereichen vielfältige Möglichkeiten einer durch Leistungssteigerung wachsenden und somit konkurrenzfähigen Wirtschaft birgt. Die Herausforderung geht vor allem an die mittelständische Wirtschaft, die sich nicht nur in diesem wachsenden Markt entfalten kann, sondern sich auch durch neue Formen der Kooperation in teilweise noch ungeahntem Maße stabilisieren kann. Wirtschaftspolitisch und wettbewerbsrechtlich bietet die Bundesregierung neue strukturpolitische Möglichkeiten an. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und angemessenes Wirtschaftswachstum erhalten hier neue wirkungsvolle Impulse.

(-/ja/20.3.1972/bgy)